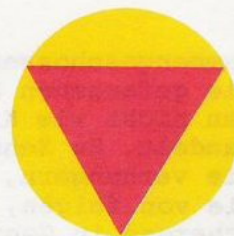
DER BREMER ANTIFASCHIST



Mitteilungen der VVN/Bund der Antifaschisten in Bremen

UNSER RUNDBRIEF

Nr. 3, 9/81

Antikriegstag

1. September

[illegible] 000 auf den Weserwiesen beim Friedensfest der Initiative Krefelder Appell am Sonnabend, den 29. August, 20 000 beim Schweigemarsch und 25 000 am 1. September bei der DGB-Kundgebung auf dem Marktplatz, das sind eindeutige Manifestationen für den Frieden. Die DGB-Veranstaltung bewies die Anziehungskraft der Einheitsgewerkschaft.

Vor 1000 geladenen Gästen der zentralen Kundgebung in Düsseldorf eröffnete der DGB-Vorsitzende Heinz O. Vetter die Unterschriften-Sammlung für den Aufruf:
"Frieden durch Abrüstung!"

Zu dem Inhalt des Aufrufes gab es bis zur Abfassung innergewerkschaftliche Auseinandersetzungen. Mit der Veröffentlichung soll diese Aussprache nicht beendet sein. Bis Ende 1981 können noch Vorschläge eingebracht werden.

Das ist eine richtige Entscheidung, die dazu führen kann, die verschiedenen Initiativen für den Frieden zu vereinen. Die Antifaschisten können dabei ihre Erfahrung im Kampf gegen Faschismus und Krieg einbringen. (S. Erklärung der VVN/Bund der Antifaschisten Bremen e.V.)

> Bravo Tom
> und besten Dank für Deine Spende von Deinem ersten selbstverdienten Geld!
> Der L. V.

Das fiel uns auf:

Sonntag, den 23.8.1981 ab 22.00 Uhr Sondersendung im II. Fernsehprogramm BRD:

Prima Experten der Friedensforschung. 3 : 1 für den Frieden.

Tolles Politiker Aufgebot:
Herr Bahr, SPD, Herr Mischnik, F.D.P., Herr Mertes, CDU, Herr Huyn, CSU.
Herr Mertes unterstützt die Regierung (?!), Herr Graf Huyn "wünscht" (sehr vornehm ausgedrückt) wie sein Chef Strauß, die Produktion der Neutronenwaffe und natürlich die Lagerung in der BRD.

Und Herr Mischnick denkt, wenn er an den Krieg denkt, an die "fürchterliche Stalinorgel"! Natürlich denkt er nicht daran, daß das faschistische Naziregime im Krieg

gegen das deutsche Volk

von 1933-1945 1.180 000 politische Gegner (Mehrzahl Kommunisten) in den KZ's ohne Urteil ermordet hat, daß von 1937-1945 die faschistische Nazijustiz 17.421 deutsche politische Gegner (ebenfalls mehrheitlich Kommunisten) hinrichten ließ.

An Euthanasie und Holocaust denkt der Freie Demokrat natürlich auch nicht, denn er war ja "nur" Soldat.

Aber wenn er auch "nur" Soldat war, so ist er heute ein verantwortlicher Politiker und als solcher müßte er noch wissen:

Das faschistische Naziregime hat die Völker Europas ohne Kriegserklärung überfallen. Und am 22. Juni vor 50 Jahren begann der Überfall auf die Sowjet-Union. 20 Millionen Sowjetbürger wurden brutal zu-

sammengeschossen und verscharrt.
Die gefangenen Sowjetsoldaten wurden nicht wie Kriegsgefangene behandelt. Zu Zehntausenden ließ man sie verhungern, zu Tausenden wurden sie von feigen, hinterhältigen SS-Schergen in Genickschußanlagen ermordet.
Und als schon für den Dümmsten feststand, daß der Krieg für das Naziregime verloren war, wurde die Strategie der verbrannten Erde ins Extremste gesteigert. Wenn Herr Mischnik heute noch Angst vor der Stalinorgel hat, dann war er doch mindestens Zeuge.

Und dann orakelten die Politiker:

"Stellen Sie sich vor,
die Russen kommen."

Die Antifaschisten wissen, die "Russen" kommen nicht. Und wenn der nächste Krieg nur dann kommt, wenn die "Russen" kommen, dann kommt <u>kein</u> Krieg!

1951, als bekannt wurde, daß die Spitzen der Parteien im Bundestag, außer der 1956 verbotenen KPD, keinen Widerstand gegen die Einbeziehung der BRD in den Militärpakt der Großkapitalistischen Mächte leisten werden, richtete Bertolt Brecht 1951 einen offenen Brief an die deutschen Künstler und Schriftsteller.
Dieser Brief enthält die bekannte Mahnung:

"Das große Karthago führte
drei Kriege.
Es war noch mächtig nach
dem ersten,
noch bewohnbar nach dem
zweiten.
Es war nicht mehr auffindbar
nach dem dritten."

RAKETEN SIND MAGNETEN

Allein in den Landkreisen Nienburg und Diepholz gibt es:

- 5 Atom-Raketen-Basen
- 5 Flugabwehr Raketen-Basen
- 6 Kasernen
- 3 Bundeswehr-Depots
- 3 Radarstationen

Militärisch abgeschirmte Rüstungs-Fabriken:

LMKG in Stemshorn, Dielingen
Eurometaal, Liebenau

Abrüstung

sichert Haushalt

Die sozial-liberale Koalition hat sich auf den Abbau sozialer Leistungen geeinigt. Das Abkommen nennt sich irrtümlicherweise Sparprogramm. Man legt hier nämlich nicht vom Überschuß in der Kasse zurück, sondern man nimmt von denen, die sowieso wenig haben.

Das ist alles schon mal dagewesen! Als man in der Weimarer Republik mit der Aufrüstung begann, begann die Krise.

5 (in Worten: fünf)
Notverordnungen von
193o bis 1931 zur
"Sicherung von Wirtschaft und Finanzen"

brachten Kürzungen im Lohn-, Gehalts- und Sozialbereich sowie Steuergeschenke für Industrie und Junker, vertieften die Krise, förderten das Wachsen der Arbeitslosigkeit. Darum:

Frieden durch Abrüstung
sichert die Arbeitsplätze und Finanzen. Und da muß die Regierung der BRD - ja, und der Bundestag - umdenken. Wir dürfen nicht vergessen, nach den USA und der UdSSR hat die BRD das größte Militär-Potential. Dazu kommt, daß wir die Stationierungskosten allein für 230 000 US-Streitkräfte zahlen, ohne die Englands, Hollands, Frankreichs und, und, und.

BEITRÄGE sind für die politische Arbeit unentbehrlich.
Die Kameradinnen und Kamderaden, die die BEITRÄGE im Büro entrichten, zahlen bitte ohne Mahnung oder per Dauerauftrag auf das Konto der VVN/Bund der Antifaschisten e.V.:

Sparkasse in Bremen
BLZ 290 501 01
Kto.-Nr.: 103 1913

HAUSKASSIERER rechnen das III. Quartal am

Di., den 22. Sept. und
Do., den 24. Sept. 1981

in der Zeit von 15.00-18.00 Uhr ab.

ZUNÄCHST VERTAGT

Nachfolgende Bemerkungen waren bereits vor den Ferien des Bundestages geschrieben:

"Wir" müssen sparen, das war die größte Erkenntnis, die Bundeskanzler Schmidt vom "Gipfeltreffen" der sieben größten Industrieländer der westlichen - lies kapitalistischen - Welt mitbrachte. Dabei sollte oder wollte der "Gipfel" über die Lösung der kapitalistischen Wirtschaftskrise beraten. Also da war nichts.

Mit dem "Wir" meinte Herr Schmidt natürlich UNS, uns, die Arbeiter, Angestellten und Beamten, die Arbeitslosen und Rentner. Im Plan und Steuererhöhungen, Lohn- und Gehälterstop (siehe AG Weser-Abkommen, 3 Jahre keine Lohnkürzungen), Abstriche beim Kindergeld und und und.

Es geht nur noch darum, wie man ohne Widerstand der Betroffenen ein ungeschriebenes Stillhalteabkommen erreicht. Und dazu soll eventuell eine Vertagung zunächst einmal beitragen.

Wie ist die Situation?

Das Null-Wachstum der Wirtschaft erzeugt natürlich ein Minus-Wachstum der Staatsfinanzen. Es geht also nicht ums Sparen, sondern um die Erzielung von Mehreinnahmen für den Staatshaushalt. Und die hofft man durch Streichung von Sozialausgaben und von Steuer- oder anderen Geschenken an die Industrie (siehe Angriff auf die Lohnfortzahlung) herein zu bekommen. Wobei man aber großzügig den Verteidigungsetat "nur" um 4,2 % statt um 3 % nach Nato-Kriterien erhöht.

Wirtschaftskrise und gesteigerte Aufrüstung, das zwingt zu Vergleichen mit der Entwicklung in der Weimarer Republik.

Gewiß ist heute manches anders. Aber zum Beginn der damaligen Wirtschaftskrise hatten wir auch eine SPD geführte Koalitions-Regierung, die mit der Zustimmung zum Panzerkreuzerbau den Weg zur Aufrüstung bereitete. Der Reichsverband der deutschen Industrie meldete nun seine Forderungen an. Als erstes erfolgt der Sturz der H. Müller-Regierung. Brüning wird Kanzler. Am 30.3.1930 stellt er sein Kabinett vor und am 16.7.1930 seinen ersten Steuerplan.

Diesen lehnt der Reichstag ab.

Und nun beginnt die Zeit der Präsidial-Diktatur.

Am 18.7., also 2 Tage später wird mit Art. 48 der Reichstag aufgelöst. 8 Tage später erläßt Brüning die erste Notverordnung. Ihr folgen bis zum 8.12.1931 noch 4 Notverordnungen zur "Sicherung von Wirtschaft und Finanzen". Alle Notverordnungen brachten Kürzungen im Lohn-, Gehalts- und Sozialbereich und Steuergeschenke für die Industrie und Junker. Angeblich um Arbeitsplätze zu schaffen. Und die Arbeitslosigkeit wuchs und wuchs.

Abgesehen vom ungenügenden Widerstand der Gewerkschaften und dem Vertrösten der maßgebenden Führer der SPD immer auf die nächste Wahl, muß auch an diese Tatsachen erinnert werden:

Am 6.10.1930 erläuterte Brüning Hitler die künftige Wirtschafts- und Finanzpolitik. Am 10.10.1931 - am Vorabend der Bildung der Harzburger Front - empfängt Hindenburg Hitler und Göring zur Aussprache über die Teilnahme an der Regierung. An der Aussprache nahmen auch Papen und Schleicher teil.

BILDUNG

Aus der Geschichte lernen...
Beginn: Montag, den 14. September um 19.30 Uhr im Landesjugendring, Teerhof 21

Am Freitag, den 2. Oktober um 17.00 Uhr beginnt im DGB-Haus, Bahnhofsplatz, die neue Augenzeugen-Reihe:

Bremer Opfer der Nazijustiz.

REAGAN BRÜSKIERT UNO

1966 bestätigte die UNO-Vollversammlung die Beendigung des Mandats der Regierung Südafrikas über Namibia. Vor 7 Jahren wurde Südafrika wegen der Apartheid-Politik, die eine Verletzung der UNO-Charta ist, ausgeschlossen. Vor 3 Jahren wurde die SWAPO als einzige rechtmäßige Vertretung des Volkes von Namibia von der UNO anerkannt.
Weil angeblich die SWAPO von Angola aus agiere, hat das Rassistenregime Pretorias Angola überfallen. Es führt dort einen Krieg der verbrannten Erde. Dörfer und Städte werden dem Erdboden gleichgemacht, Menschen und Vieh abgeschlachtet.

Und die USA-Regierung verhindert im Weltsicherheitsrat die Verurteilung der Rassisten und blockiert Maßnamen zur Beendigung des Krieges gegen Angola und Namibia.



...TERMINE...

BREMEN-NORD

So., 12.9., 10.00 Uhr
Info-Stand am Sedan-Platz
nachmittags 1. Bildungsabend und gemütliches Beisammensein im Bürgerhaus Gustav-Heinemann

Mi., 23.9., 19.30 Uhr
MV im Bürgerhaus Gustav-Heinemann

Mi., 28.10., 19.30 Uhr
Dia-Bericht von Cuba des Kameraden Joachim

BREMEN

So., 13. 9., 10.00 Uhr
Intern. Gedenkkundgebung, Osterholzer Friedhof (s. S. 6)

Mo., 14. 9., 19.30 Uhr
Bildungsabend im Landesjugendring, Teerhof 21

Fr., 25. 9., 19.30 Uhr
Ein Jahr nach dem Attentat auf das Oktoberfest in München. Öffentliches Forum im großen Saal des Landesjugendringes, Teerhof 21.
Im Forum namhafte Vertreter der Unterstützer des Appells an Regierung und Bundestag: "Dem Nazi-Terror Einhalt gebieten".

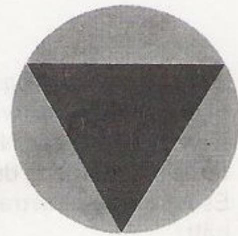
Vormerken:

Sa., 10.10.
Antiraketen-Demonstration in Bonn

Sa., 12.12., 18.00 Uhr
Jahresabschluß-Veranstaltung Niederdeutsches Theater, Blauer Saal. Kostenbeitrag DM 5,-

Herausgeber: VVN/Bund der Antifaschisten, Buchtstr. 12, 2800 Bremen 1

DER BREMER ANTIFASCHIST



Mitteilungen der VVN/Bund der Antifaschisten in Bremen

Erklärung der VVN – Bund der Antifaschisten Bremen e.V.

Bremer Bürgerinnen und Bürger,

die Initiative Krefelder Appell vom November 1980
gegen die Stationierung einer neuen Generation von Raketen und Atomwaffen,
für die Aufhebung des Beschlusses der Nato vom 12.12.79, hat viele Aktivitäten für die

Erhaltung des Friedens

ausgelöst. Die Ankündigung der Reagan-Administration, die Nato-Truppen frontnah an die Grenzen zur DDR und zur CSSR zu verlegen, führte zu weiteren örtlich begrenzten Initiativen. Der

zunehmenden Bereitschaft

der Frauen und Männer, für den Frieden zu wirken, entspricht auch der

Aufruf des DGB

zu einer am 1. September 81 beginnenden Unterschriftensammlung für

Frieden durch Abrüstung !

Und als Reagan verkündete, er habe die Neutronenbombe und werde sie jetzt in Serie bauen lassen, da ging

ein Protestschrei

um die Welt. Es protestierte Japans Regierung. Es protestierten die Regierungen von Norwegen, Dänemark, Niederlande und Schweden. Der Bürgermeister von Nagasaki telegrafierte seine Empörung mit einem energischen Protest im Namen der Toten und noch lebenden Bürger seiner Stadt, die 1945 von der zweiten amerikanischen Atombombe getroffen wurden. Da entschlossen sich die leitenden Funktionäre der

Bremer SPD

für eine Unterschriftensammlung gegen Reagans Neutronenbombe. Das Echo auf diesen Beschluß ist mehr als positiv.
Obwohl auch CDU-Mitglieder diesen Entschluß begrüßen, versuchen CDU-Neumann und andere Funktionäre die SPD damit zu reglementieren, sie falle ihrem Kanzler in den Rücken.
Damit ist CDU-Neumann wie CSU-Graf Huyhn und F.-J. Strauß für den Einsatz der Neutronenwaffe, für das atomare Inferno über Europa.

Das muß verhindert werden !

Das kann verhindert werden !

Vor etwa 30 Jahren wollte der General McArthur im Korea-Krieg die Atombombe einsetzen. Der weltweite Protest erzwang, daß McArthur abgesetzt wurde. Und vor 3 Jahren wollte Carter die Neutronenbombe in Serie bauen lassen. Der Massenprotest aber erzwang die Rücknahme des Beschlusses.
Darum begrüßen wir alle Aktivitäten und Initiativen für

die Erhaltung des Friedens !

Der Einfluß der Friedenskräfte wird noch einflußreicher, wenn alle Initiativen zu einer einheitlichen Bewegung zusammenfinden.
Die Friedensbewegung ist nicht antiamerikanisch, denn auch in den USA gibt es eine starke, von Wissenschaftlern, Politikern und Militärs getragene Opposition gegen Reagans Politik, die die

Völker Europas

zum gemeinsamen Widerstand auffordert !



Die Friedensbewegung ist auch nicht kommunistisch, weil Kommunisten in den Bewegungen für den Frieden aktiv mitwirken. Die Antifaschisten wissen, die Kommunisten haben die größten Opfer im Kampf gegen das Naziregime und dessen Krieg gebracht und sie sind heute genau noch so konsequent für die Erhaltung des Friedens.
Es ist eine unbestreitbare Wahrheit, die für jeden gilt, ob er das westliche oder östliche System für besser hält:
Die Atomraketen unterscheiden, wenn sie erst einmal fliegen, nicht nach Parteibuch, Religion oder sonstiger Anschauung.
Darum eint die Friedensbewegung.

Bremen, den 29.8.1981
Landesvorstand der VVN – BdA. Bremen e.V.

Einladung zur
Kundgebung
am Internationalen Gedenktag für die Opfer des Faschismus und des Krieges
am Sonntag, den 13. September um 10 Uhr am
Ehrenmal
auf dem Osterholzer Friedhof.

Es wirken mit:
Der Bremer Chor "Die Zeitgenossen"
Es liest:
Otmar Leist

Es spricht:
Joachim Bleckwehl
VVN – Bund der Antifaschisten Bremen e.V.